

Medienmitteilung
Bern, 21. Mai 2014

Tabakproduktegesetz: NEIN zur Bevormundung mündiger Bürger

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv und die Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik AWMP lehnen die im heute veröffentlichten Entwurf zu einem neuen Tabakproduktegesetz vorgesehenen gravierenden Staatseingriffe in die Wirtschaftsfreiheit mit aller Schärfe ab. Das Bundesamt für Gesundheit BAG will die Bürger bevormunden und die Bürokratie noch mehr ausbauen.

Volk und Parlament haben dem zunehmenden Verbotsaktivismus aus Bundesbern schon verschiedentlich den Riegel geschoben. So wurde zum Beispiel die Lungenliga-Initiative für ein flächendeckendes Rauchverbot im September 2012 von Volk und Ständen klar verworfen. Auch das überflüssige Präventionsgesetz erreichte im Parlament keine Mehrheit.

Trotzdem will das BAG ein totales Werbeverbot für Tabakprodukte einführen, das sinnlose und willkürliche Verbot von Mundtabak (Snus) beibehalten und E-Zigaretten als Tabakprodukte in Bars und Restaurants verbieten, obwohl dadurch kein Problem mit Passivrauch entsteht. Zudem will es wichtige Entscheide durch zahlreiche „Kann-Vorschriften“ den demokratischen Prozessen vorenthalten und vorschnell unnötige EU-Regulierungen übernehmen.

Der sgv und die AWMP setzen sich für zielführende und ausgewogene Massnahmen ein, wie ein nationales Abgabeverbot von Tabakprodukten an Minderjährige. Jede weitere neue Einschränkung ist eine unnötige Bevormundung mündiger Konsumenten. Anstatt die öffentliche Gesundheit zu unterstützen, schaden unverhältnismässige Massnahmen. Es ist zu befürchten, dass der Verbotsaktivismus des BAG auf weitere Branchen übergreifen wird.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor sgv, Tel. 031 380 14 20, Mobile 079 285 47 09

Rudolf Horber, Geschäftsführer AWMP, Tel. 031 380 14 34, Mobile 078 813 65 85

Die Nummer 1: Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.